

Einführung

Die in den 1930er Jahren vollzogene Stalin'sche Revolution von oben, die den Themenschwerpunkt dieses Heftes bildet, veränderte die politische Kultur Russlands viel einschneidender, als dies die bolschewistische Oktoberrevolution getan hatte. Seit der Reform Peters des Großen zu Beginn des 18. Jahrhunderts lebte Russland im Zustand einer permanenten inneren Spaltung, die sich fortwährend vertiefte. Gespalten war die Oberschicht, in der Befürworter und Gegner der Öffnung des Landes gegenüber dem Westen ihr jeweiliges Programm durchzusetzen versuchten. Nach dem Aufstand der Dekabristen von 1825 entstand zudem eine Kluft zwischen der herrschenden Bürokratie und den Bildungsschichten, was im Verlauf von etwa zwei Generationen zu einer weitgehenden Polarisierung des Landes führte, die den künftigen Bürgerkrieg quasi vorwegnahm.

Nicht weniger verhängnisvoll für das Zarenreich war auch die Kluft zwischen „Oben“ und „Unten“, zwischen den europäisierten Eliten und den Volksschichten, die im Wesentlichen den vorpetrinischen Weltbildern verhaftet blieben. Nicht zuletzt deshalb sprechen viele Autoren von zwei unterschiedlichen Nationen, die Russland seit der petrinischen Umwälzung bevölkerten. Diese kulturelle Kluft wurde durch die ungelöste Agrarfrage zusätzlich vertieft.

Die bolschewistische Revolution schien zunächst einiges zur Homogenisierung des Landes beizutragen. Die Kluft zwischen Oben und Unten wurde nach der Enteignung der besitzenden Klassen und nach der Dezimierung bzw. Verdrängung der Eliten (der „Waräger“ – nach der Formulierung des Kulturhistorikers Vladimir Jevdje) weitgehend beseitigt. Der generationenalte Streit um den „richtigen“ Entwicklungsweg Russlands schien entschieden. Die Bolschewiki bezwangen als überlegene Sieger des russischen Bürgerkrieges alle ihre ideologischen Opponenten und verwandelten Russland in ein Experimentierfeld für die Verwirklichung der marxistischen Utopie.

Trotz all dieser Prozesse erreichte das Land im ersten bolschewistischen Jahrzehnt keineswegs die von den neuen Machthabern erhoffte Homogenität. Es blieb gespalten. Die Bauernschaft, also die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, wurde in das neue System kaum integriert. Als „Kleineigentümer“ (Lenin) blieben die Bauern für eine marxistische Indoktrination wenig empfänglich. Aber auch die Partei – das einzige noch verbliebene politische Subjekt im Lande – war alles andere als ein Monolith. Sie setzte, wenn auch in einer neuen Form, den alten russischen Diskurs um den „richtigen“ Entwicklungsweg des Reiches fort. So lehnte sich die Partei, vor allem aber die bolschewistische Elite, ungeachtet ihrer Verklärung der Parteidisziplin, an nonkonformistische Verhaltensmuster der radikalen russischen Intelligencija des 19. Jahrhunderts an und ließ sich nur schwer disziplinieren. Ähnlich nonkonformistisch verhielt sich damals auch die künstlerische Avantgarde, welche die ideologischen Vorgaben der Parteiführung sehr eigenwillig interpretierte.

So vermochten die Bolschewiki, die die Oktoberrevolution als die größte Revolution in der Geschichte der Menschheit ansahen, die seit der petrinschen Reform vorherrschenden Grundmuster der politischen Kultur im Lande nicht wesentlich zu verändern. Erst Stalin sollte dieses Ziel erreichen.

Ähnlich wie die Klassiker des Marxismus war Stalin vom Primat der Ökonomie überzeugt und begann seine Revolution von oben mit der radikalen Veränderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Im Juli 1932 schrieb er an seine engsten Gefährten Molotov und Kaganovič: „Der Kapitalismus wäre nicht imstande gewesen, den Feudalismus zu zerschlagen, ohne die Durchsetzung des Prinzips der Unantastbarkeit des Privateigentum [...]. Der Sozialismus wird nicht imstande sein, die kapitalistischen Elemente zu [...] begraben, wenn es ihm nicht gelingt, die Heiligkeit des gesellschaftlichen Eigentums zu verteidigen“.¹

Die im Allgemeinen als undurchführbar eingestufte Aufgabe der Enteignung von mehr als 100 Millionen Bauern ist durch Stalin infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft „bewältigt“ worden. Die ungelöste Agrarfrage bildete seit Generationen den gefährlichsten Sprengstoff Russlands. Erst der Stalin'schen Führung ist es gelungen, das Bauerntum zu zähmen, sein Rückgrat zu brechen, und zwar dadurch, dass sie die Bauernschaft als solche durch ihre beinahe gänzliche Enteignung beseitigte. Der äußerst komplizierten Koexistenz des staatlichen und des privaten Wirtschaftssektors, die außerordentlich viele Spannungen und Konflikte verursacht hatte, wurde nun ein Ende gesetzt. Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, das in den Augen der orthodoxen Marxisten als die Verkörperung des Chaos galt, wurde nun durch den staatlichen Dirigismus abgelöst.

Aber der Stalin'schen Revolution von oben gelang es, nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Spontaneität ein Ende zu setzen, und zwar durch die Disziplinierung der Partei. Von einer solchen disziplinierten Partei träumte Lenin seit 1902, als er seine programmatische Schrift *Was tun?* verfasste. Dieses Postulat vermochte Lenin aber nicht einmal nach der bolschewistischen Machtübernahme zu verwirklichen. Die Bolschewiki blieben eine diskutierende Partei. Selbst das auf dem 10. Parteitag der Bolschewiki im Jahre 1921 verkündete Fraktionsverbot nutzte wenig. Auch nach 1921 wurde die Partei jahrelang, und zwar in einem noch stärkeren Ausmaß als vor der Proklamation des Fraktionsverbots, von inneren Auseinandersetzungen erschüttert. Erst die Stalin'sche Revolution von oben veränderte grundlegend den Charakter der Partei. Sie hörte auf, ein Konglomerat von verschiedenen Strömungen und Fraktionen zu bilden. Offene Diskussionen und offene Kritik der Generallinie, die zuvor trotz aller Verbote und Disziplinierungsmaßnahmen nicht aus der Partei zu verbannen gewesen waren, waren nun nicht mehr möglich. Dieser Entmachtung bzw. Selbstentmachtung der Partei folgte 1936–1938, zur Zeit des „Großen Terrors“, ihre Enthauptung.

1 Oleg Chlevnjuk u. a. (Hg.), Stalin i Kaganovič. Perepiska 1931–1936, Moskau 2001, S. 240 f.

Ähnliche Prozesse fanden auch im Bereich der Kultur statt. Seit dem Beginn der Stalin'schen Revolution von oben dienten sowohl die Kunst als auch die Geistes- und Sozialwissenschaften, ja sogar einige naturwissenschaftliche Schulen in erster Linie einem Ziel: der Verherrlichung Stalins und des von ihm geschaffenen Systems. Paradoxerweise hieß die literarische und künstlerische Schule, die die damalige Schreckensherrschaft zum Paradies auf Erden stilisierte, nicht „stalinistischer Fiktionalismus“, sondern „sozialistischer Realismus“. Diese auf dem ersten Kongress der sowjetischen Schriftsteller im Jahre 1934 verordnete Richtung in der Literatur, die ihre Entsprechung in den bildenden Künsten sowie in anderen Kunstbereichen besaß, stellte ein Äquivalent zur Generallinie der Partei dar. Abweichungen von ihr wurden äußerst streng, nicht selten mit dem Tode, bestraft. So vermochte die stalinistische Führung das zu erreichen, worum sich früher die zarische Autokratie und später die leninistische Führung vergeblich bemüht hatten: die überwältigende Mehrheit der Intellektuellen zu konformistischem Verhalten zu zwingen und an der Errichtung einer fiktiven Welt mitzuwirken, in der die realen Sachverhalte buchstäblich auf den Kopf gestellt worden waren. Der Lenin'sche Utopismus, der von der „lichten Zukunft“ geträumt hatte, wurde nun durch die Fiktion des bereits aufgebauten Paradieses auf Erden abgelöst.

Zum Wesen des Stalinismus gehörte allerdings nicht nur ein grenzenloser Optimismus, sondern auch ein ebenso grenzenloser Pessimismus – das Bangen um das Erreichte. Da der Sieg des Sozialismus im weltweiten Maßstab noch nicht erreicht worden und das „Paradies der Werktätigen“ von finsternen kapitalistischen Mächten eingekreist war, die nach seiner Vernichtung trachteten, mussten sich die Sowjetbürger ununterbrochen zum Endkampf mit dem Klassenfeind rüsten.

Nach der Enthauptung der Partei infolge des „Großen Terrors“ wurde das Rückgrat des letzten „subversiven“ und relativ autonom gebliebenen Teils der sowjetischen Gesellschaft gebrochen. Nun bestand das gesamte Sowjetreich lediglich aus „Rädchen“ eines totalitären Mechanismus. Dies war vielleicht die größte Zäsur in der Geschichte des Landes, dessen Freiheitsdrang weder von den Zaren noch von Lenin hatte erstickt werden können. Stalin spottete über den russischen Zaren Ivan den Schrecklichen, dem es nicht gelungen sei, die in seiner Zeit herrschende Schicht – die Bojaren – gänzlich zu liquidieren. Sein religiöser Glaube habe ihm dabei im Wege gestanden, er habe zu viele Skrupel gehabt. Trotz dieser abschätzigen Bemerkung betrachtete Stalin sich selbst als Fortsetzer und Vollender des Werks Ivans, aber auch Lenins.

Stalin wollte die Geschichte Russlands ähnlich wie die Geschichte der Revolution vereinnahmen und seine eigene Herrschaft als den Gipfel beider historischer Entwicklungslinien darstellen. Der für den Marxismus charakteristische historische Determinismus erreichte im Stalinismus eine besonders radikale Ausprägung. Das russische Proletariat habe nun der Menschheit einen lang ersehnten Erlöser geschenkt (trotz seiner georgischen Herkunft identifizierte sich Stalin beinahe gänzlich mit Russland). Die Geschichte der Menschheit habe

nun ihr höchstes Entwicklungsstadium erreicht. Die Erforschung dieser historischen Gesetzmäßigkeit stellte im Grunde das Hauptanliegen beinahe aller Wissenschaftszweige der stalinistischen Epoche dar, und Aufgabe aller Künstler war die Darstellung dieses Himmelreiches auf Erden.

Handelte es sich beim Stalinismus um eine Fortsetzung der Lenin'schen Ideen oder um eine Abkehr von ihnen? Auf diese Frage, die seit Jahrzehnten in der Forschung kontrovers diskutiert wird, möchte ich nun etwas ausführlicher eingehen, und zwar am Beispiel des Terrors, der für die beiden Entwicklungsphasen des bolschewistischen Regimes geradezu konstitutiv war.

Zu den größten Problemen des im November 1917 errichteten bolschewistischen Regimes gehörte seine fehlende Legitimität. Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die einige Wochen nach dem bolschewistischen Staatsstreich stattfanden, endeten mit einem Debakel der Bolschewiki. Deshalb wurde die damals einzige Einrichtung, die den Gesamtwillen der russischen Wähler repräsentierte, von den Bolschewiki brutal auseinandergejagt. Sie verzichteten damit auf eine demokratische Legitimierung ihres Regimes und konnten von nun an ihre Alleinherrschaft nur mit Gewalt behaupten. Der „rote Terror“ wurde jetzt zu der wohl wichtigsten Grundlage ihres Herrschaftssystems. Dem Kampf gegen die „inneren Feinde“ maßen sie eine größere Bedeutung bei als der Auseinandersetzung mit den außenpolitischen Gegnern. Bezeichnend für diesen Sachverhalt war die Tatsache, dass die „Außerordentliche Kommission“ (Čeka), das wichtigste Instrument der Partei an der innenpolitischen Front, einige Monate früher entstand als die Rote Armee, die das bolschewistische Regime auch gegen außenpolitische Gegner schützen sollte.

Lenin verklärte den „roten Terror“ bzw. die Diktatur des Proletariats, die er als die wirksamsten Mittel im Kampfe gegen alle „kapitalistischen“ Restaurationsversuche bezeichnete. Im Oktober 1920 entwickelte er folgende Definition der Diktatur: „Der wissenschaftliche Begriff Diktatur bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingeeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht“.²

Die offizielle sowjetische Historiographie, die Lenin quasi heilig gesprochen hat, neigte dazu, Lenins Bekenntnis zum erbarmungslosen Terror zu relativieren. Der Lenin-Kult wurde, vor allem nach dem Tode des sowjetischen Staatsgründers im Januar 1924, zum Bestandteil der sowjetischen Staatsdoktrin. Dementsprechend galt Lenin als die Verkörperung aller denkbaren Tugenden, als Quelle der Inspiration. Sogar viele kritisch denkende sowjetische Intellektuelle gerieten bei der Erwähnung von Lenins Namen ins Schwärmen. Dass die Brutalisierung der sowjetischen Politik, die Erhebung des systematischen Terrors zu einer der wichtigsten Säulen des Regimes untrennbar mit dem Namen Lenins verbunden war, ließ sich mit dem verklärten Lenin-Bild schwer vereinbaren. Die Quellen sprechen aber eine eindeutige Sprache. Das sogenannte „Schwert der

2 Lenin, Geschichtliches zur Frage der Diktatur. In: ders., Werke, Band 31, Berlin (Ost) 1959, S. 332–353, hier 345.

Revolution“ – die Čeka – konnte mit einer uneingeschränkten Unterstützung Lenins rechnen. Einer der tiefsten Kenner der Thematik, der russische Exilhistoriker Sergej Mel'gunov, verweist in diesem Zusammenhang auf folgenden Satz des Gründers der bolschewistischen Partei: „Zur Erreichung unserer revolutionären Ziele und Wünsche ist jedes Mittel gerechtfertigt“.³ Der ehemalige sowjetische General und Lenin-Biograph Dmitrij Volkogonov schrieb einige Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion: „Lenin war nicht nur der geistige Urheber des bolschewistischen Terrors, sondern er hob ihn als Politik zudem in den Rang einer Staatsdoktrin“.⁴

Der Terror der Bolschewiki war untrennbar mit ihrem Utopismus verbunden, mit ihrem Glauben, sie kämpften um die Erlösung der Menschheit vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und um die Errichtung eines klassenlosen Paradieses auf Erden. Jeden Widerstand gegen ihren angeblich „wissenschaftlich“ begründeten Kurs hielten sie für irrational. So wurden die Bolschewiki zu den Opfern ihres eigenen Utopismus. Der russische Philosoph Semen Frank bezeichnet den Utopismus als klassische Häresie, als Versuch, die Welt allein mit Hilfe des menschlichen Willens zu erlösen. Da der Utopist gegen die Struktur der Schöpfung und gegen die Natur des Menschen verstoße, sei sein Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt. So erkläre er sowohl der Schöpfung als auch der menschlichen Natur den Krieg und verwandle sich aus einem vermeintlichen Erlöser in einen erbitterten Feind des Menschengeschlechts.⁵

Da sich die störrische Wirklichkeit dem radikalen Umgestaltungsversuch der Bolschewiki widersetze, erklärten sie immer neue soziale Gruppen zu Feinden der arbeitenden Klasse und stellten ihr Menschsein in Frage. Neben den Vertretern der ehemaligen Oberschicht wurden auch die reichen Bauern, die sogenannten „Kulaken“, in diese Kategorie eingeordnet. Im August 1918 führte Lenin aus: „Die Kulaken sind die bestialischsten, rohesten und brutalsten Ausbeuter [...]. Diese Blutsauger haben sich im Krieg an der Not des Volkes bereichert [...]. Diese Spinnen haben sich auf Kosten der hungernden Arbeiter gemästet [...]. Tod den Kulaken!“⁶

Als Stalin die sogenannte sozialistische Offensive gegen die russische Landbevölkerung 1929 erneuerte, konnte er sich in vieler Hinsicht auf Lenin berufen, so z. B. auf dessen These, dass die Einzelbauern (etwa 80 % der sowjetischen Bevölkerung) die letzte kapitalistische Klasse Russlands seien. „Ist diese These richtig“, fragte Stalin im April 1929, um fortzufahren: „Ja, sie ist unbedingt richtig. Warum wird die individuelle Bauernschaft als die letzte kapitalistische Klasse qualifiziert? Weil von den zwei Grundklassen, aus denen unsere Gesellschaft

3 Sergej Mel'gunov, *Der rote Terror in Russland 1918–1923*, Berlin 1924, S. 340.

4 Dmitrij Volkogonov, *Lenin*, Berlin 1994, S. 252.

5 Semen Frank, *Eres' utopizma*. In: ders., *Po tu storonu pravogo i levogo*. *Sbornik statej*, Paris 1972, S. 83–106.

6 Lenin, *Genossen Arbeiter! Auf zum letzten, entscheidenden Kampf!* In: ders., *Werke*, Band 28, Berlin (Ost) 1959, S. 40–44, hier 42 f.

besteht, die Bauernschaft diejenige Klasse ist, deren Wirtschaft auf dem Privateigentum und der kleinen Warenproduktion beruht“.⁷

All diese Ähnlichkeiten sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stalin'sche Revolution von oben, wie bereits gesagt, nicht nur die Kontinuität, sondern auch den Bruch mit dem Lenin'schen Erbe verkörperte. In diesem Zusammenhang müsste man als erstes die unterschiedliche Einstellung der beiden bolschewistischen Diktatoren zum bäuerlichen Grundbesitz erwähnen.

Kurz nach ihrer Machtergreifung begannen die Bolschewiki beinahe alle Wirtschaftszweige in Russland zu verstaatlichen. Die Abschaffung des Privateigentums stellte eine der wichtigsten Säulen des 1918 errichteten kriegskommunistischen Systems dar. Nur in einem Bereich bremsten die Bolschewiki ihren Drang nach einer totalen Verstaatlichung der Produktionsmittel – im Bereich des bäuerlichen Bodenbesitzes. Im Jahre 1919, als sich das kriegskommunistische System voll etablierte, befanden sich etwa 97 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in bäuerlicher Hand.⁸ Dieser Zustand war für viele bolschewistische Puristen unhaltbar. Die Verstaatlichung des Bodens betrachteten sie daher als unverzichtbaren Bestandteil des neuen wirtschaftlichen Systems.⁹

Die maßgeblichen Kräfte innerhalb der bolschewistischen Führung, nicht zuletzt Lenin, lehnten aber während des Bürgerkrieges die Forderung der Linken ab. Sie wollten den Bauern zwar die sogenannten Überschüsse, nicht aber den Boden entreißen. Und damit zeigten sie, dass die bäuerliche Psyche ihnen besser vertraut war als ihren linken Kritikern. Denn sie wussten, dass jeder Versuch, die Ergebnisse der Bodenreform vom Oktober 1917 in Frage zu stellen – und dies beabsichtigten die linken Bolschewiki –, den ohnehin verzweifelten Widerstand der Bauern gegen die bolschewistische Politik um ein Vielfaches verstärken würde. Deshalb wollte Lenin nicht an diesen so sensiblen Punkt der Agrarpolitik rühren. Durch die gänzliche Enteignung der Bauern infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft setzte sich Stalin über diese Bedenken Lenins hinweg.

Ungeachtet dieser unterschiedlichen Einstellung der beiden Parteiführer zum bäuerlichen Bodenbesitz löste sowohl die Lenin'sche als auch die Stalin'sche Politik der grenzenlosen Ausbeutung der Landbevölkerung beispiellose Hungerkatastrophen im Lande aus. Infolge des Hungerdebakels von 1921/22, das Lenin direkt zu verantworten hatte, starben etwa fünf Millionen Menschen; der durch Stalin verursachten Hungerkatastrophe von 1932/33 fielen mehr als sechs Millionen Menschen zum Opfer.

Die jeweiligen Reaktionen der beiden Diktatoren auf diese Tragödien waren indes grundverschieden. 1921 appellierte die bolschewistische Führung an die

7 Josef W. Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU. In: ders., Werke, Berlin (Ost) 1954, Band 12, S. 1–95, hier 35.

8 Vgl. Helmut Altrichter, Staat und Revolution in Sowjetrussland 1917–1922/23, Darmstadt 1981, S. 84.

9 Vgl. dazu Richard Pipes, Die Russische Revolution, Band 2, Berlin 1992, S. 571 ff.

gesamte Weltöffentlichkeit und bat sie um Hilfe. Ihr Appell war nicht ohne Resonanz verhallt; vor allem einige amerikanische Organisationen eilten den Hungernden in Russland zu Hilfe und retteten dadurch unzähligen Menschen das Leben.¹⁰

Derartige Appelle kamen indes für die stalinistische Führung nicht in Frage. Dass in der Sowjetunion eine beispiellose Katastrophe ausgebrochen war, wurde von der Regierung einfach geleugnet. In diesem Sachverhalt spiegelt sich einer der wichtigsten Wesenszüge des stalinistischen Systems wider, der in den früheren Entwicklungsphasen des sowjetischen Regimes nicht in solchem Maße auftrat: der Fiktionalismus. Damit ist die Erschaffung einer Pseudorealität gemeint, in der die realen Sachverhalte buchstäblich auf den Kopf gestellt werden.

Bei der Aufzählung der Unterschiede zwischen dem Lenin'schen und dem Stalin'schen Herrschaftsstil muss man schließlich darauf hinweisen, dass die führende Oligarchie in der Lenin-Periode, trotz der gänzlichen Gleichschaltung der von ihr unterjochten Gesellschaft, innerhalb der herrschenden Partei selbst beträchtliche Freiräume duldete. Die Führung der Partei galt damals nicht als unfehlbar. Auch in der Zeit der härtesten Bewährungsproben des Regimes, so während der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk, oder während des Bürgerkrieges, galt die Äußerung von Meinungen, die von der Generallinie der Partei abwichen, im Wesentlichen nicht als kriminelles Delikt. Als Beispiel lassen sich folgende Gedankengänge des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija“, Steklov, vom Jahre 1919 anführen. Auf einer der Plenarsitzungen des ZK sagte er, der Sowjetmacht fehle in den bäuerlichen Gebieten jegliche soziale Basis. Die Bolschewiki hätten die Bauernmassen abgeschreckt: „Zwar versuchen wir, sie zu überzeugen, dass wir sie politisch und ökonomisch befreit haben, dies wirkt aber nicht. [...] Wir haben den Bauern praktisch nichts gegeben [...]. Überall herrscht der Terror – dies ist das einzige, was uns an der Macht hält“.¹¹ Den Thesen Steklovs wurde zwar heftig widersprochen; dennoch zeigt diese Kontroverse, dass die bolschewistische Partei in der Zeit Lenins, sogar auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges, noch relativ frei diskutieren konnte. Es gab damals auch Kommunisten, die sich von den Gewaltorgani der roten Terrororgane mit Entsetzen abwandten. So bezeichnete der alte Bolschewik Ol'minskij im Februar 1919 den roten Terror in der Provinz als den „willkürlichsten Massenmord, der überhaupt denkbar ist“.¹² Ein anderer bolschewistischer Kritiker der Čeka sprach in einem Brief an Lenin vom März 1919 von einer „verzweifelt kriminellen Atmosphäre“, die in der ukrainischen Čeka herrsche.¹³

10 Vgl. Aleksandr V. Kvašonkin u. a. (Hg.), *Bol'shevistskoe rukovodstvo. Perepiska 1912–1917*, Moskau 1996, S. 209–214; Markus Wehner, *Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928*, Köln 1998, S. 74.

11 Sergej Kulešov u. a., *Naše otečestvo*, Moskau 1991, Band 2, S. 65.

12 Mel'gunov, *Der Rote Terror*, S. 341.

13 Kvašonkin, *Bol'shevistskoe rukovodstvo*, S. 80 f.

Es versteht sich von selbst, dass die bolschewistische Partei in der Lenin-Periode vom roten Terror, der damals alle Schichten der sowjetischen Bevölkerung erfasste, im Wesentlichen verschont blieb. Dieser Sachverhalt sollte sich erst nach der Ermordung des Leningrader Parteichefs Sergej Kirov am 1. Dezember 1934 grundlegend ändern. Bereits am Tag des Attentats [!] wurde vom Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR eine Gesetzesänderung „Zur Strafverfolgung terroristischer Anschläge gegen Sowjetfunktionäre“ vorgenommen, die folgende Punkte enthielt: „1. Die Untersuchungsorgane werden angewiesen, die Fälle der wegen Vorbereitung bzw. Ausführung von Terrorakten Angeklagten beschleunigt zu erledigen. 2. Die Gerichtsorgane werden angewiesen, die Vollstreckung der wegen Verbrechen dieser Kategorie ausgesprochenen Todesurteile nicht im Hinblick auf eine eventuelle Begnadigung aufzuschieben [...]. 3. Die Organe des NKVD werden angewiesen, die Todesurteile gegen Verbrecher, die der oben angeführten Kategorie angehören, unmittelbar nach der Urteilsverkündung zu vollstrecken“.¹⁴ Dieser Erlass, so der englische Sowjetologe Robert Conquest, „sollte in den folgenden Jahren zu einer Charta des Terrors werden“.¹⁵

Im Januar 1935 fanden Prozesse gegen ehemalige Parteioppositionelle statt, die als Urheber des Attentats auf Kirov bezeichnet wurden. In einem Rundschreiben des ZK wurden sie mit den „Weißgardisten“ gleichgesetzt: „Sie verdienen es, dass man sie wie Weißgardisten behandelt“. Die ehemaligen innerparteilichen Rivalen wurden also in die Kategorie der Klassenfeinde eingeordnet. Dies bedeutete, dass die Zeit lediglich verbaler Auseinandersetzung mit der Opposition vorbei war. Der Prozess der Enthumanisierung, den die Bolschewiki ursprünglich gegen ihre jeweiligen Gegner in die Wege geleitet hatten, wurde nun auch auf die Bolschewiki selbst erstreckt. Der Generalstaatsanwalt der UdSSR, Vyšinskij, bezeichnete während der Moskauer Schauprozesse von 1936–1938 viele ehemalige Gefährten Lenins, die den sowjetischen Staat mitbegründet hatten, als „Otterngezücht“, das „zertreten werden muss“.¹⁶

Auf dem ZK-Plenum vom März 1937 charakterisierte das Mitglied der Stalin-Riege Mikojan einige der Vertreter der „Lenin-Garde“ und seine ehemaligen Kameraden folgendermaßen: „Trockij, Zinov’ev, Bucharin verkörpern einen neuen Typ von Menschen, die eigentlich keine Menschen mehr, sondern Monster und Bestien sind, die verbal die Linie der Partei verteidigen, in Wirklichkeit aber [...] eine subversive Arbeit gegen die Partei führen“.¹⁷ Nach einer solchen Argumentation waren alle psychologischen Hemmungen der Stalin-Clique bei ihrem Kampf gegen ihre innerparteilichen Gegner beseitigt, die Gesetze des

14 Chruschtschows historische Rede. In: Ost-Probleme, Nr. 25/26 vom 22. Juni 1956, S. 867–897, hier 874.

15 Robert Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirov. Säuberungen unter Stalin, Düsseldorf 1970, S. 67.

16 Hans-Joachim Lieber/Karl-Heinz Ruffmann (Hg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Köln 1963, Band 1, S. 381.

17 Voprosy istorii, (1992) 4–5, S. 21.

ungeschriebenen „bolschewistischen Ehrenkodexes“, der die physische Liquidierung der innerparteilichen Gegner verbot, aus den Angeln gehoben.

Die von den Stalinisten bekämpften ehemaligen Parteigelehrten hatten früher selbst nicht selten die These vertreten, die Kulaken oder die Mitglieder der ehemaligen Oberschicht seien Bestien und keine Menschen. Nun erfuhren sie am eigenen Leibe, welch schmerzliche Folgen eine derartige Diktion haben konnte. Nach der Hybris kam die Nemesis.

Mit dieser Periode des stalinistischen Massenterrors setzen sich die Beiträge des Themenschwerpunktes auseinander. *Alexander Vatlin* von der Moskauer Staatsuniversität, der zu den besten Kennern der Geschichte der Komintern zählt, befasst sich in seinem Aufsatz mit der verzweifelten Lage der deutschen Emigranten in der stalinistischen Sowjetunion der 1930er Jahre, und zwar sowohl der Kommunisten als auch der Parteilosen. Sie alle seien den sowjetischen Behörden auf Gedeih und Verderb ausgeliefert gewesen. Von der diplomatischen Vertretung ihres Heimatlandes, insbesondere nach der Errichtung des NS-Regimes, hätten sie in der Regel keine Unterstützung erhalten, weil sie als ideologische Gegner galten. Abgesehen davon habe jeder Hilferuf, den die Emigranten an die deutsche Botschaft richteten, sie in den Augen der sowjetischen Terrororgane zusätzlich diskreditiert. Die durch die stalinistischen Untersuchungsrichter fabrizierten Fälle von der angeblichen Agententätigkeit der Emigranten hätten dadurch zusätzliche Nahrung erhalten.

Mit der Willkür der sowjetischen Behörden befasst sich auch der Beitrag des Münchner Historikers *Jürgen Zarusky*, der in seinem Aufsatz auf die stalinistische Terrorjustiz in den Jahren 1928–1938 eingeht – also auf das Jahrzehnt, in dem sowohl der sogenannte „große Umschwung“ (die Kollektivierung der Landwirtschaft) als auch der Große Terror stattfanden, die zu den tragischsten Kapiteln der gesamten russischen Geschichte zählen. Zarusky räumt mit einigen Thesen der sogenannten revisionistischen Schule in der westlichen Sowjetologie auf, die die Terrormaßnahmen der 1930er Jahre nicht zuletzt auf die Eigeninitiative der Lokalbehörden zurückführen. Die infolge der russischen „Archivrevolution“ zugänglich gewordenen Dokumente sprechen indes eine andere Sprache: „Die politische Polizei [entglitt] zu keinem Moment der Kontrolle der Partei“, schreibt Zarusky: Prozesse in den Regionen „folgten eindeutig den Vorgaben der politischen Führung [...]. Der Terror endete schließlich so, wie er begonnen hatte – durch den Beschluss des Politbüros“.

Dieser Befund Zaruskys wird vom Bochumer Historiker *Marc Junge* in seinem Beitrag über die sogenannte „Kulakenoperation“ zur Zeit des „Großen Terrors“ im Wesentlichen bestätigt. Der Autor lehnt die in der Forschung verbreitete These vom Willkürcharakter des stalinistischen Terrors ab. Bei der „Kulakenoperation“ „handelte es sich [...] um einen arbeitsteiligen, durchbürokratisierten Prozess, der so wie er ablief vom Moskauer Zentrum geduldet und gefördert wurde. Von einer irgendwie zu datierenden Wende hin zu Willkür und Unkontrolliertheit [...] kann nicht gesprochen werden“. Das eigentliche Verbrechen der terroristischen Operationen der Jahre 1937/38 bildete aus der Sicht

des Autors nicht die „ungehemmte archaische Gewaltanwendung oder ein Entgleiten der Aktion, sondern die spezifisch stalinistische Ausprägung kalter bürokratischer Banalität“.

Der letzte Beitrag des Themenschwerpunkt ist dem Diskurs gewidmet, den einige Gruppierungen der „ersten russischen Emigration“ (nach 1918) über den Charakter der totalitären Regime linker und rechter Prägung führten. Die russischen Emigranten waren zugleich Zeugen und Opfer des ersten geschichtlichen Versuchs, eine totalitäre Utopie in die Wirklichkeit umzusetzen. Viele von ihnen begriffen, dass die Ereignisse von 1917 lediglich den ersten Akt eines allgemeineuropäischen Zivilisationsbruchs darstellten, und versuchten, die Öffentlichkeit in ihren jeweiligen Gastländern vor der sich anbahnenden Katastrophe zu warnen. Sie erzielten dabei allerdings wenig Resonanz. Einige Jahre nach ihrer Flucht aus dem bolschewistischen Russland wurden die russischen Emigranten zu Zeugen des Siegeszuges totalitärer Regime rechter Provenienz, die zu Beginn der 1940er Jahre einen großen Teil des europäischen Kontinents unter ihre Kontrolle brachten. Nun stellte sich endgültig heraus, dass die 1917 in Russland begonnene Katastrophe nur den ersten Akt einer gesamteuropäischen Tragödie darstellte. Alle diese Entwicklungen wurden von den führenden Denkern des russischen Exils eingehend analysiert. Auf einige ihrer Erkenntnisse, die vom westlichen Totalitarismus-Diskurs kaum erfasst worden sind, geht der Beitrag näher ein.

Das Heft schließt mit einem aktuellen Beitrag, der dem Themenschwerpunkt angefügt ist. Er behandelt eine Gruppe von Staaten, in denen sich nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ kein verfassungsstaatliches System westlichen Typs etablieren konnte. Wie der Regensburger Politikwissenschaftler *Ingmar Bredies* zeigt, ist die politikwissenschaftliche Transformationsforschung größtenteils noch immer durch einen „democracy bias“ geprägt.¹⁸ Da sich die Disziplin in erster Linie als Demokratie- und Demokratisierungswissenschaft verstehe, sei die Entstehung dezidiert nicht-demokratischer Regimetypen in Osteuropa häufig verunklart worden. Demgegenüber stellt Bredies die Vereinbarkeit von vorrangig mit liberalen Demokratien assoziierten Institutionen einerseits, der Funktionslogik des Autoritarismus andererseits in den Mittelpunkt. Statt die Prozesse der Verfassungsgebung und -entwicklung im Kontext der postkommunistischen Systemtransformation auf ihren Gehalt für die Institutionalisierung der Demokratie zu untersuchen, geht es ihm darum zu zeigen, auf welche Weise Verfassungen zur Verankerung eines „neuen“ Autoritarismus im postkommunistischen Osteuropa beigetragen haben.

Leonid Luks

18 Vgl. Holger Albrecht/Rolf Frankenberger, *Autoritarismus Reloaded: Konzeptionelle Anmerkungen zur vergleichenden Analyse politischer Systeme*. In: dies. (Hg.), *Autoritarismus Reloaded: Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010, S. 37–60, hier 37.